

Leseprobe aus:



ISBN: 978-3-499-63237-2

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf www.rowohlt.de.

«Zu keiner Zeit war der Ruf nach zeitgemäßer konservativer Politik dringender und berechtigter als heute. Denn Moderne und Konservatismus bedingen sich: Ohne Wandel besteht kein Bedarf nach Konservierung. Nur die Veränderung, das Brechen mit etwas und das Fortschreiten geben die Möglichkeit, mit konservativer Denkweise und Haltung zu reagieren. Der politische Konservatismus, dessen Ideengeschichte vielgestaltig und vieldeutig ist, meint im Kern die reflexive, selbstvergewissernde Auseinandersetzung mit einer sich wandelnden Umwelt.»

Diana Kinnert, Jahrgang 1991, ist seit 2008 Mitglied der CDU. Sie studiert Politikwissenschaften in Berlin. Von 2015 bis 2016 leitete sie das Abgeordnetenbüro von Peter Hintze und war Reformratgeberin für Peter Taubers Parteireformkommission. Sie hat ihren eigenen Blog und schreibt für diverse Zeitungen.

Diana Kinnert

Für die Zukunft seh' ich schwarz
Plädoyer für einen modernen Konservatismus

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Originalausgabe

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, Juni 2017

Copyright © 2017 by Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg

Umschlaggestaltung ZERO Werbeagentur, München

Umschlagabbildung Benjamin Zibner Photography

Innentypografie Daniel Sauthoff

Satz Lyon Text OTF (InDesign)

Gesamtherstellung CPI books GmbH, Leck, Germany

ISBN 978 3 499 63237 2

Inhalt

Widmung

Inhalt

Vorwort

Mit sechs Augen.

Von der Kunst, für etwas zu sein.

Kommt 'ne Frau zur CDU.

Brave New Democracy.

Bitte die Unruhe bewahren!

Grenzen haben Grenzen.

Diverse Leitkultur.

I want a dyke for president.

Weniger Pathos wagen!

Moralinsaure Selbstüberschätzung.

Die Gedanken sind frei.

Zurück zur Urteilskraft.

Ein moderner Konservatismus.

Quellen

Vorwort

Geht eine junge Frau zum CDU-Stammtisch, und niemand spricht mit ihr. Beim nächsten Mal auch nicht. Dann schließlich, beim dritten Mal, steht endlich einer auf und kommt auf sie zu, sie überlegt noch, ob er jetzt als Erster die Hand reichen wird, oder ob sie das tun soll, dann sagt er: «Zwei Bier, bitte!»

Diese Geschichte, die von verschiedenen Zeitungen aufgegriffen wurde, ist meine Geschichte. Es ist die Geschichte meines Eintritts in die CDU – als unerfahrener junger Mensch ohne Kontakte ins politische Geschäft, als emanzipierte und selbstbewusste Frau mit großstädtischer Erziehung und liberalem Denken, als Person mit interkontinentaler Herkunftsgeschichte.

Und obgleich diese Geschichte eines missglückten Starts in einer der größten deutschen politischen Parteien schnell auserzählt ist, eignet sie sich doch sehr gut als Bild für vieles, das der Politik im Allgemeinen und auch der CDU im Besonderen vorgeworfen wird: dass es an Offenheit und Bereitschaft für Neues und für Neue fehlt, dass die Jüngeren, die Frauen und Migranten noch immer als Exoten in den Motorenräumen der Macht gelten, dass es ohne das Abbild des gesellschaftlichen Querschnitts an zeitgemäßer, lebensnaher Politik fehlt. Und diese braucht es doch, heute mehr denn je, in einer Zeit, die unwägbarer ist denn je, die uns eine nie da gewesene Welt vorhält, die komplex und unübersichtlich ist, radikal globalisiert und fragmentiert, einnehmend kompetitiv und gespenstisch disruptiv, kurz: eine Welt, die aus den Fugen geraten ist und bewährte politische Kräfte mit Ohnmacht wie Hysterie überschüttet – nicht zuletzt auch die konservativen.

Dieses Buch will eine Stimme sein in der gegenwärtigen Debatte zur Neujustierung konservativer und christdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert. «Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles verändert», heißt es in Giuseppe Tomasi di Lampedusa Roman *Der Leopard*. Wer immergültigen politischen Grundwerten Rechnung tragen will, da sich die Bedingungen der Wirklichkeit verändern, kommt nicht umhin, konkrete politische Programmatik

zu hinterfragen und neu zu denken. In verschiedenen Kapiteln nähere ich mich verschiedenen Grundsatzfragen unserer Gegenwart, von der Flüchtlingspolitik bis hin zur Zukunft Europas, von der Wohlstandsmehrung im digitalen Zeitalter bis hin zu erfolgreicher Identitätspolitik, von der Modernisierung der Parteiapparate bis hin zur Debatte um die Sterbehilfe, von *political correctness* bis hin zu *fake news*, und will Antworten geben, die ich für im besten Sinne modern und konservativ in einem halte.

In seiner berühmten *Pascal'schen Wette* argumentierte der französische Philosoph Blaise Pascal im 17. Jahrhundert, es sei stets eine bessere «Wette», an Gott zu glauben, weil der Erwartungswert des Gewinns, der durch den Glauben an einen Gott erreicht werden könnte, nämlich ins Himmelreich aufzusteigen, stets größer sei als der Erwartungswert im Falle des Unglaubens, dass dann nämlich nichts geschehe. Glauben wir doch an Gott, schlug Pascal vor, da wir im Falle, dass es ihn gäbe, belohnt werden würden, während, wenn wir uns irrten, genauso leer ausgehen, wie wenn wir den Glauben an ihn gleich ablehnten.

Glauben wir doch an eine Zukunft, die wir retten können, will ich vorschlagen, weil der Unglaube an ein lebenswertes Morgen eben keine Alternative ist. Glauben wir doch daran, dass die verbitterten Rufe nach Verbarrikadierung und Protektionismus, Moralismus und Konformismus, Gleichartigkeit, Unfreiheit und Zwangsmoral die schlechtere Wette sind.

Nur wer die inhaltlich längst überstrapazierte Formel von Angela Merkels «Wir schaffen das» zur Haltung erklärt, kann den Mut und die Kraft aufbringen, neue Ideen für ein besseres Morgen zu entwickeln. Ich will einen Versuch unternehmen – mit einem Plädoyer für mehr Demokratie und mehr Parteienengagement und einem ersten Beitrag für ein konservatives und christdemokratisches politisches Denken.

Mit sechs Augen.

Die Entdeckung des Politischen

Rajvinder Singh lernte ich vor über zehn Jahren kennen. Er, der aus Indien stammende Schriftsteller und Lyriker, mit voller schwarzer Haarpracht, angegrautem Vollbart und braunem Fischgrätjackett über weißem Hemd, begegnete mir, damals 15-jährige Schülerin, im Rahmen eines Schulprojekts. Die Schulleitung hatte eine mehrtägige Schreibwerkstatt für einen ausgewählten Kreis sprachbegeisterter Schüler eingerichtet. Singh war als Schreiblehrer, ich als eine der Schreibschülerinnen geladen. Als er am ersten Tag der Werkstatt vor uns trat, wagte kein Schüler ein Wort zu flüstern. Singhs Aura war einnehmend. Ihn umgab eine Sphäre natürlicher Autorität. Erst als er sich mit warmer Stimme und indischem Akzent vorstellte und seine dunklen Augen dabei heiter zu sprühen begannen, schwand die Strenge aus seiner Ausstrahlung. Singh erzählte, wer er war, und seine Geschichte verließ ihn wie eine Geschichte einen Großvater, nicht wie eine Geschichte einen Lehrer. Wir Schüler mochten Singh gleich.

Zehn Tage schrieben wir durch, erschufen unsere ersten literarischen Figuren, entwickelten Handlungsstränge, redigierten unsere ersten Texte. Singh hielt die Augen geschlossen, während wir ihm vorlasen, was wir zu Papier gebracht hatten. Er wiederholte einzelne Sätze in neuer, ungewohnter Melodie und stellte Wörter zur Diskussion, die wir ganz selbstverständlich der Alltagssprache entnommen hatten. Ich erinnere mich, dass ich später einmal darüber nachdachte, ob Singhs Verhältnis zur deutschen Sprache vielleicht gerade dadurch bewusster, klarsichtiger und reicher war als unseres, weil er durch die Augen einer anderen Muttersprache auf sie blickte. Ging mit der Selbstverständlichkeit Trägheit einher? Kam mit der Fremdheit die Notwendigkeit der bewussten Auseinandersetzung? Singhs Bewusstsein für die Zartgliedrigkeit, die Feinsinnigkeit und den Nuancenreichtum von Sprache beflügelte uns Schüler. Durch ihn lernten wir, Sprache nicht mehr nur zu verwalten, sondern sie erschaffen zu müssen.

Nachdem unsere gemeinschaftlich erarbeitete Erzählung fertiggeschrieben und die Schreibwerkstatt zu einem Ende gekommen war, verkündete Singh, den Text in einen Erzählband von Schülergeschichten mit aufnehmen zu wollen. Der Band erschien unter dem Titel *Über den Horizont hinaus*. 2006 las ich unsere Erzählung auf der Frankfurter Buchmesse vor. Als nach der Lesung ein Bericht in der Lokalpresse erschien, hefteten Mama und Papa ihn stolz an unsere Pinnwand.

Im April vor zwei Jahren, an einem frühlingshaften Abend, saß ich noch vor Sonnenuntergang bei Kaffee und Kuchen im sprießenden Grün des Berliner Tiergartens. Plötzlich kreuzte mein Blick ein mir bekanntes Gesicht. Singh saß nicht weit von mir. Angeregt unterhielt er sich mit einem älteren Mann. Dieser hatte strenge Augenbrauen und trug einen hohen farbigen Turban. Ich erfuhr erst später, dass es sich um den langjährigen indischen Kongressabgeordneten und Parteiführer Jagmeet Singh Brar handelte. Singh selbst trug, genau wie damals, Fischgrät über Weiß. Sein Haar war grauer geworden. Als ich meine Schüchternheit überwand und an den Tisch der beiden herantrat, blickte Singh neugierig auf. Noch ehe ich ein Wort sagen konnte, rief er aus: «Dieses verschmitzte Lächeln kenne ich!»

Singh lud mich ein, mich zu setzen. Ich gesellte mich zu ihnen, bis die Dämmerung hereinbrach. Lange sagte ich selbst kein Wort, hörte aber gespannt zu, als mir Singh seinen Begleiter vorstellte. Die beiden Männer hatten sich während der indischen Studentenrevolten von 1977 kennengelernt, beide hatten infolgedessen als politische Gefangene eingesperrt. Voller Hochachtung erzählte Singh von Brars langjährigem Engagement in der sozialliberalen Kongresspartei Indiens. Brar revanchierte sich, indem er Singhs kulturellen und politischen Beitrag zur internationalen Völkerverständigung würdigte. Das Gehörte war neu für mich. Ich kannte Singh als Schriftsteller, von seinem gesellschafts- und kulturpolitischen Engagement hatte ich nichts gewusst. Erst an jenem Abend erfuhr ich, dass Singh sich innerhalb des PEN-Zentrums für inhaftierte Journalisten und Autoren einsetzte und dem vorherigen Außenminister und heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Kulturfragen freundschaftlich beratend zur Seite stand. «Jetzt

kennst du uns», schlossen Singh und Brar ihren Vergangenheitstaumel ab, «aber wir kennen dich noch nicht.»

Ich überlegte einige Sekunden, was darauf zu antworten sei. Seit der Schreibwerkstatt war viel geschehen. Ich erzählte, dass meine politischen Aktivitäten bereits zu Schulzeiten begonnen, sich aber schnell auch ausgeweitet hatten. Dann berichtete ich von meinem Studium der Politikwissenschaft und Philosophie, davon, dass ich am Grundsatzprogramm des christlich-sozialen Flügels der CDU mitgeschrieben hatte, in der Parteizentrale der CDU an der Modernisierung der Partei mitarbeitete, und gerade erst eine Anstellung im Büro von Peter Hintze angetreten hatte, dem 2016 verstorbenen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages.

«Du bist eine Politikerin!», rief Brar erstaunt aus. Ich widersprach zaghaft, war ich doch weder mit einem gewählten Parlamentsmandat noch einem hauptberuflichen Parteiamt ausgestattet. Im gleichen Moment aber rührte sich ein Widerstand gegen meine eigene Zurückhaltung in mir, denn längst schon fühlte ich mich als Politikerin.

Zahlreiche Berufspolitiker hatte ich in den vergangenen Jahren kennengelernt. Unter ihnen waren auch viele, die leidenschaftlich stritten, bei Gegenwind Farbe bekannnten und in einer bewundernswerten Geduld allen Menschen ehrlich Gehör schenkten. Doch das, was ich an Idee, Haltung und Einsatz guten Berufspolitikern zuschrieb, bewegte mich noch mehr bei jenen, die all das ohne Mandat und Amt an den Tag legten. Unter ihnen waren auch viele Schüler und Studenten, die nach Unterricht und Vorlesungen Altpapiercontainer nach Karton durchwühlten, um Demonstrationsplakate für die Gleichberechtigung von Minderheiten zu basteln. Frauen und Männer, die sich vor ausländischen Botschaften niederließen, stundenlang bei Eiseskälte ausharrten, um für die Grundrechte weit entfernter, fremder Menschengruppen zu protestieren. Und Alt und Jung, die rührend für die Bedürfnisse der jeweils anderen Gruppe kämpften. Manch ein Bürger mit ganz anderem Beruf fand seine Berufung im Politischen und stieß mehr an, bewegte mehr als so mancher Berufspolitiker. Darum gab es sie: die Politiker, die nicht so hießen. Ohne Mandat. Ohne Amt. Manchmal gar ohne Partei. Und doch waren sie in meinen Augen wichtige Architekten, ja Stützen

der Gesellschaft. Wenngleich ich also widersprach, nicht offiziell Politikerin zu sein, fühlte ich mich denen, die Politik und Gesellschaft aktiv mitgestalten wollten, schon lange zugehörig.

Nach jenem Abend wurden Singh und ich Freunde. Es stellte sich heraus, dass seine Berliner Wohnung nur einen Häuserblock von meiner entfernt lag. Eines Abends, da wir zum gemeinsamen Kochen verabredet waren, fragte er mich zwischen dem Häuten von Zwiebeln und dem Zerkleinern von Roter Bete, ob ich von der Idee der sechs Augen gehört hatte. Es sei seine Idee, fügte er hinzu. Ich schüttelte den Kopf. «Wenn zwei Menschen aufeinandertreffen», begann er, während er sich dem Lammfleisch zuwandte, «wie viele Augen sehen dann?» – «Vier», antwortete ich rasch. «Sechs», warf Singh triumphierend zurück. Er ließ vom Fleisch ab und erklärte: «Jeder sieht mit seinen eigenen Augen. Doch die Begegnung schafft auch ein neues, ein drittes und gemeinsames Augenpaar.» Ich nahm das Gesagte zur Kenntnis, verstand es als Banalität und dachte nicht weiter darüber nach.

Wochen später, Singhs und mein Gespräch war mir inzwischen beinahe in Vergessenheit geraten, stieß ich auf ein Interview mit dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Darin verwies dieser explizit auf Singh und erhob sein Bild der sechs Augen zum Leitmotiv deutscher Außenpolitik: Es eigne sich als einfaches und eindeutiges Bild für die Herausforderung der politischen und kulturellen Begegnung, einander immer zugleich mit den eigenen Augen, mit den Augen des anderen und aus einer gemeinsamen Perspektive zu betrachten. Singhs Bild der sechs Augen selbst wurde so zu einem Coup der Diplomatie. Es bedeutete, deutsche Außenpolitik weder als Export deutscher Werte, als moralimperialistische Attacke auf die Welt zu verstehen, noch sie zu einem Kammerenspiel heuchlerischer Appeasement-Politik zu verzweigen. Deutsche Außenpolitik sollte Begegnung auf Augenhöhe mit dem Ergebnis einer gemeinsam verhandelten Sicht sein. Nicht mehr und nicht weniger.

Nachdem ich jenes Interview gelesen hatte, dachte ich noch einmal über Singhs Bild der sechs Augen nach. Es hatte etwas in mir aufgerührt und war mir auf seltsame Art und Weise bekannt vorgekommen. Schließlich erkannte ich, dass ich selbst bereits zahlreiche Situationen

erlebt hatte, in denen ich mich dazu genötigt fühlte, Außenpolitiker sein zu müssen. Mein eigenes Heranwachsen gab Anlass dazu, internationale, interkontinentale und multikulturelle Positionen miteinander verhandeln zu müssen. In meinem Fall waren für diese Begegnungen, Konfrontationen, auch Konflikte jedoch keinerlei diplomatische Vertreter aus der Ferne notwendig. Meine eigene Identitätsbildung erwies sich als Schauplatz genug.

«Warum bist du politisch geworden?», fragte Singh abermals, während wir gemeinsam kochten. Er stellte die Frage am ersten Abend, da wir mit Brar im Grünen saßen, und er stellte sie auch an jenem Abend. Damals wie heute konnte ich keine Antwort geben und hob ahnungslos die Schultern. «Weil dir kulturelle Vielfalt, kulturelle Sensibilität in die Wiege gelegt ist», beantwortete Singh seine eigene Frage, «du hast ein Bewusstsein für Verschiedenheit, ein Bewusstsein für die Ordnung von Verschiedenheit. Was anderes ist Politik?»

Wenn es nach Singh ging, war meine Politisierung bereits an einem verschneiten Februarabend des Jahres 1991 unumkehrbar gewesen. An jenem Abend war ich in einer Frauenklinik im Wuppertaler Gründungsstadtteil Elberfeld auf die Welt gekommen. Der Schnee an diesem Abend war für Mama, die in diesem Winter ein Alter von 23 Jahren zählte und einem Dorf in der Provinz im Süden der Philippinen entstammte, der erste Schnee überhaupt. Papa, acht Jahre älter als sie, gelernter Automechaniker, später Soldat bei der Bundesmarine, zu dieser Zeit Beamtenanwärter, war an kalte Winter gewöhnt. Er war auf dem Land in Oberschlesien als zweitältester Sohn einer Familie mit insgesamt sechs Kindern zur Welt gekommen. Als die Familie als Spätaussiedler in den Westen zog, ließ sie einen Bauernhof zurück. Nach Monaten in verschiedenen Notunterkünften fand die Familie eine neue Heimat in Wuppertal. Papa, im schulpflichtigen Alter, sprach ausschließlich Polnisch.

Die Familie integrierte sich, ohne das Wort Integration selbst je in den Mund genommen zu haben. Oma pflegte Friedhofsgräber, putzte Schultoiletten, erhielt anschließend eine Anstellung bei der Deutschen Post. Dass die deutschen Frauen in den großen Städten arbeiteten,

rauchten und tranken, war neu für die katholische Familie vom schlesischen Land. Im Nachhinein hörte ich zwei Geschichten darüber, warum sich Oma und Opa zu einem späteren Zeitpunkt scheiden ließen. Die eine Geschichte begründete die Trennung mit ausschließlich sehr persönlichen unüberbrückbaren Differenzen; die andere Geschichte beschrieb die kulturelle Konfrontation, die Schluchten aufriss, die die beiden nicht wieder zu verschließen vermochten, als ursächlich. Ich will nicht übergehen, dass das großstädtische Leben in Westdeutschland Einfluss darauf gehabt haben könnte, dass die von Oma und Opa angelernten Rollen von Männern und Frauen, Eheleuten und Eltern auf die Probe gestellt wurden.

Als Papa aufwuchs, war die Familie noch intakt. Opa, fromm und beflissen, schraubte und drehte in gleich mehreren Werkstätten. Oft ging er nach einer ersten gleich zur zweiten Schicht. Wurden Papa und seine Geschwister zu Beginn noch als «Polacken» beschimpft, sind sie heute mit Beruf und Familien, Haus- und Wohneigentum Zeugen ihrer eigenen Aufstiegsgeschichten.

Mama wanderte ein Jahr nach der Wende ein. Ihre philippinische Familie war mit Haus- und Grundbesitz gut situiert, lebte inzwischen in der Millionenmetropole Davao City und war im Schulwesen und innerhalb der Stadtverwaltung beschäftigt; sogar zum Rathaus pflegte sie gute Beziehungen. Als Ingenieur beriet Opa den Fachbereich Infrastruktur.

Noch während ihrer Ausbildung zur Lehrerin lernten sich Mama und Papa kennen. Nach abgelegter Abschlussprüfung kehrte Mama ihrem Herkunftsland den Rücken zu. Papas Verbeamtung und die Lebensumstände in der deutschen Wohlstandsgesellschaft gaben den Ausschlag, dass es Mama sein sollte, die migrierte. Papa, selbst Migrant, wurde so gewissermaßen unfreiwillig mit der Aufgabe betraut, Mamas Integration anzuleiten.

Spätestens hier begann meine persönliche «Stille Post», eine mehrfache informelle Weitergabe von Kultur, die mit Verfälschung, Veränderung und Neuerfindung einherging. Bereits zum Zeitpunkt meiner Geburt war ich mit einer Vielzahl verschiedenster Herkunftseinflüsse konfrontiert. Sie stießen aufeinander, griffen ineinander und vermengten sich. Was mich als Kind und Jugendliche auszeichnete, war bereits in

sich hybrid: Es war neu zusammengesetzt aus Einflüssen aus Polen und von den Philippinen, geprägt durch die verschiedenen Integrationserfahrungen meiner Eltern und ganz selbstverständlich angereichert von deutscher Gegenwartskultur, zu welcher auch der deutsche Multikulturalismus zählte.

All das empfand ich von Beginn an als typisch deutsch. Als Kind war mir zunächst unbegreiflich, dass bei anderen Familien zum weihnachtlichen Festessen etwas anderes aufgetischt werden könnte als philippinische Frühlingsrollen, schlesische Würste, Kabeljau und Weihnachtsgans. Ich überlegte, dass es wohl Familien zu geben schien, denen die Kochkunst mehr oder weniger lag, und kam zu der Schlussfolgerung, dass jene, die an Heiligabend lediglich Kartoffelsalat und Würstchen speisten, wohl zu Letzteren gehören mussten.

Singhs Bild der sechs Augen illustrierte wie kein anderes Bild die Hybridität moderner Identitätsbildung. Das Zusammentreffen von Verschiedenheit mündete in gänzlich Neuem statt bloß in Kompromissen zwischen dem bereits Bekannten. Im Zuge unentwegter Globalisierung, interkontinentaler Migrationsbewegungen, grenzüberschreitender Eheschließungen und Familiengründungen und der Konstitution offener Gesellschaften galt, dass moderne Identitätsbildung in sich hybrid geworden war. Das Selbstbild von Deutschen wie mir bewegte sich eben nicht mehr nur auf einer linearen Achse zwischen Herkunfts- und Gegenwartskultur. Es schlug eine Entscheidung zwischen dem ersten und dem zweiten Augenpaar aus und bekannte sich zum dritten.

Die auf diesem Grundgedanken basierende hybride Identitätstheorie, die modernen Diskursen der Sozialwissenschaften zu entnehmen ist, bietet einen zutreffenderen Zugang als die bisherigen symbolträchtigen, aber einfältigen Integrationsdebatten zahlreicher westlicher Gesellschaften. Wenn Fremdsprachenverbote auf deutschen Demonstrationen gefordert werden, mangelt es offenbar an Selbstbewusstsein, Sprachvielfalt und Weltbürgertum als typisch deutsch aufzufassen. Auch die Annahme, weitere Staatsbürgerschaften als Symptom der Illoyalität gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu lesen, widerstrebt demselben Gedanken. Herkunfts- und Gegenwartskultur sind keine statischen Gebilde, die Auseinandersetzung mit ihnen beschränkt

sich nicht bloß auf ein reines Imitieren und Adaptieren. Moderne Fortentwicklung spricht von offenen und veränderlichen kulturellen Sphären und Spielräumen, innerhalb deren kritisch reflektiert und sich eigenverantwortlich distanziert werden kann.

Als Angela Merkel im Jahr 1992 auf dem «heißen Stuhl» Platz nahm, dem Schauplatz eines Diskussionsformates im Fernsehen, vertrat die damalige Bundesministerin für Frauen und Jugend die These, das zunehmende Zeigen von Gewalt im Fernsehen verrohete die Gesellschaft. Merkel trug vor, dass 85 Prozent der Medienwissenschaftler der Meinung seien, es gäbe einen Zusammenhang zwischen dem Sehen von Gewalt und dem eigenen Handeln. Die 38-Jährige schloss daraus, dass mehr Gewalt im Fernsehen zu mehr Gewalt auf der Straße führe. Der in der Diskussionsrunde anwesende Medienwissenschaftler Jürgen Grimm widersprach Merkel: Gerade die Auseinandersetzung mit Gewalt könne das moralische Empfinden der Menschen bereichern und sie von Gewalt distanzieren. Es gebe Wirkungen, die sich abseits primitiver Imitation und Adaption befänden. Dieser Gedanke liegt auch dem Bild der sechs Augen und der Theorie der Hybridität zugrunde: Identitätsbildung kann so viel mehr sein als verschlossenes Beharren und als widerspruchslose Nachahmung.

Als ich meinen Eltern zum ersten Mal einen Liebespartner vorstellte, der kein Junge war, war ich trotz der guten und liebevollen Beziehung, die ich zu ihnen hatte, angespannt. Mama und Papa kamen beide aus streng katholischen Milieus. In Mamas Herkunftsland war es ein gängiger Karfreitagsbrauch, dass sich etliche Gläubige selbst kreuzigen ließen. Papas Herkunftsland war auch Jahre nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. von dessen moralischer Autorität und Strahlkraft eingenommen. Wurde Mama als Kind eines unchristlichen Satzes überführt, musste sie zur Strafe ein stundenlanges Rosenkranzgebet in qualvoller Position abhalten. Papa, der Mustermessdiener aus dem schlesischen Dorf, hatte in seiner ersten Wohnung einen Altar für das alltägliche Gebet errichtet. Später trat er allerdings aus der Kirchengemeinde aus.

Ich bereitete mich also innerlich auf eine Geste der Abwehr vor, als ich verkündete, zum ersten Mal mit einem Mädchen zusammen zu sein. Doch beide reagierten schlicht unaufgeregt. Zu keinem Zeitpunkt

schien es, dass die abwertende Haltung der Kirche in irgendeiner Form auf sie abgefärbt hatte. Das Augenpaar, das mich in Fragen der Sexualmoral prägte, war trotz dessen, dass Mama und Papa streng katholischen Haushalten entstammten, kein streng katholisches. Im Gegenteil war meine gesamte Kindheit und Jugend frei von sämtlichen Sittevorschriften und Zwangsmoral. Mama und Papa hatten offenbar ein eigenes Augenpaar herausgebildet, das sich bewusst von jenem distanzierte, dem sie selbst unterworfen gewesen waren. Aus Erfahrungen wie diesen, die ich erst Jahre später bewusst reflektierte, war mir ein zutiefst freiheitliches Menschenbild nahegebracht worden. Die Einzigartigkeit jedes Menschen, seine Autonomie und sein Reflexionsvermögen heben ihn über kollektive Zugehörigkeiten und Prägungen hinaus. Jedem Menschen ist die Möglichkeit geschenkt, Einflüsse kritisch zu verarbeiten, Bisheriges abzulegen oder weiterzuentwickeln und sich aus allen anscheinend vorgegebenen Abhängigkeiten und Rollen herauszuschälen. Jedem Menschen ist die Chance eines dritten Augenpaares geschenkt.

In meiner Kindheit und Jugend übernahm ich Ideale, Riten und Gewohnheiten, die ich in Deutschland kennenlernte, lehnte andere ab, er fand welche neu und vermischte sie mit dem, was bereits in mir war. So entstanden innerfamiliäre Bräuche wie unsere doppelte Weihnachtsbescherung: Wir feierten Weihnachten sowohl mit der Bescherung durch das Christkind an Heiligabend als auch mit dem gefüllten Strumpf, den Santa Claus am Weihnachtsmorgen mitbrachte. Wenn auch genau genommen Letzteres keiner philippinischen Tradition entstammte, sondern der Annäherung der Philippinen an US-amerikanische Konsumkultur geschuldet war.

Was mir laut Singh in die Wiege gelegt war, war mir auf andere Weise auch wieder nicht in die Wiege gelegt: Während Nachbarn, Freunde und Bekannte gewohnte Riten pflegten, musste ich diese erst neu entdecken. In der multikulturellen Gemengelage meiner Familie existierte schlicht keine Tradition bewährter Riten. Ich war darauf angewiesen, sie aktiv erschaffen und neu zusammenstellen zu müssen. Zwar konnte ich mir so die Rosinen rauspicken (wer hätte Weihnachten nicht gerne

zwei Bescherungen); in jedem Falle aber war ich angehalten, überhaupt picken zu müssen.

Als zwei Jahre nach meiner Geburt meine kleine Schwester auf die Welt kam, wurde Papas Junggesellenbude in der Wuppertaler Innenstadt zu eng. Mit Sack und Pack zogen wir in eine Doppelhaushälfte an der grünen Stadtgrenze im Wuppertaler Westen. Fortan war die malerische Seite des Bergischen Landes, das rheinische Schiefergebirge, Kulisse meiner Kindheit. Während Papa im Stadtzentrum im Schichtdienst Gefangene betreute, Mama den Garten pflegte und Netti mit ihren Freunden auf der Spielstraße herumtollte, war ich am liebsten in der Natur unterwegs. Auf Obstbäumen errichtete ich meinen Hochsitz, an Bächen baute ich Staudämme, in Höhlen lagerte ich Steinschleuder und Flitzebogen. Ich folgte Papas Schatzkarten durch sumpfiges Waldgebiet, zeichnete mit Mama Reisfelder aus ihrer Heimat und half Oma beim bergisch-schlesischen Apfelkompott. Das Leben rund um unsere Hausnummer war so harmonisch wie harmlos. Vom Kinderfenster aus blickte ich auf bewachsene Erdhänge, wiegende Tannenbäume und den Gartenteich mit Goldfischen. In dieser privaten Idylle schien es, als wäre Politik, zumindest das, was oftmals darunter verstanden wird, entbehrlich bis unerwünscht.

Dieser Eindruck änderte sich schlagartig bei einer Fahrt ins Stadttinnere. Wuppertal war seit jeher ein Schauplatz des Aufbruchs wie Abgangs. Wo heute die junge bergische Großstadt mit rund 350 000 Einwohnern liegt, die erst 1929 aus der Fusion ihrer ehemals unabhängigen Stadtteile Barmen und Elberfeld gegründet worden war, lag zur Mitte des 19. Jahrhunderts eines der größten Wirtschaftszentren des Deutschen Reiches und gemeinsam mit dem Aachener Raum und Teilen Sachsens Deutschlands erste Industrieregion. Insbesondere das Flüsschen Wupper entpuppte sich früh als Lebensader aller angrenzenden Flächen, auf den Talwiesen entwickelte sich ein Zentrum der Textilindustrie. Die Wirtschaft wuchs, und Wuppertal – auch das «deutsche Manchester» genannt – erlebte ein erhebliches Bevölkerungswachstum, allem voran durch zugewanderte Arbeiterschaft. In Elberfeld entstand ein bürgerliches Engagement gegen die sozialen Missstände der frühindustrialisierten Zeit. Der Barmer Textilfabrikantensohn Friedrich En-

gels, der die Probleme aus erster Hand kannte, entwickelte in dieser Atmosphäre mit seinem Weggefährten Karl Marx seine berühmte Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie.

Während meiner Kindheit wie auch heute war dieses wirtschaftlich prosperierende Zeitalter längst Geschichte. Seit dem Wegfall zahlreicher Industriebetriebe bemühte sich Wuppertal seit jeher um einen möglichst reibungslosen Strukturwandel. Die mittelständische Industriestruktur, eine lebendige Zivilgesellschaft und strebsame Stadtpolitik waren und sind bis heute engagiert und hilfreich, können aber nicht über einen ausgetrockneten kommunalen Haushalt, ausbleibende Investitionen und eine Vielzahl von Verfalls- und Leerflächen hinwegtäuschen. Der Charme der alten Industriestadt speist sich heute vornehm aus seinem Dasein als Anti-Idylle. Heinrich Böll beschrieb Wuppertal als eine Stadt, «die sich nicht schminkt», und er fügte hinzu: «Das ist wie bei einer Frau, die es sich leisten kann, ungeschminkt zu gehen, wohltuend und enttäuschend zugleich.»

Wenn Papa arbeitete, nutzten Mama, Netti und ich den öffentlichen Nahverkehr für Ausflüge in die Stadt. In Wuppertal gehört das Wahrzeichen der Stadt, die weltweit einzigartige Schwebebahn, ganz selbstverständlich dazu. Schon um 1900 hatte man die Notwendigkeit erkannt, ein zusätzliches Verkehrsmittel in der Talsohle der Städte zu installieren. Die Bahn, die auf einer Strecke von rund 13 Kilometern fortan hoch über der Wupper durch die langgezogene Stadt schwebte, nutzte den Flussverlauf als Trasse und sparte somit Platz. Darin lag einer der wesentlichen Vorzüge dieses Bauprojekts, das Gegner damals als «wahnsinniges Unterfangen» und «sündige Eitelkeit, mit der man Gott versuche», verdammt.

Bereits im Kleinkindalter reiste ich mit dem «stahlharten Drachen durch die Eingeweide der bergischen Doppelstadt», wie es die Dichterin Else Lasker-Schüler formulierte. An meine erste Fahrt erinnere ich mich heute nicht mehr. Doch ich weiß, dass ich bei den folgenden immer darauf drängte, in den letzten Wagen der Bahn einzusteigen, um auch ja am hinteren Panoramafenster Platz nehmen zu können, durch das ich nicht nur über und auf die Stadt, sondern geradewegs in sie hineinsehen konnte. Mochte die Schwebebahn ein wenig lärmender sein und auch

eine Herausforderung bei flauem Magen, eines hat sie jedem anderen Verkehrsmittel voraus: Während sich in Bussen der Ausblick auf den stauenden Straßenverkehr beschränkt, sich aus Zügen in Vorbeirasendem verliert und das U-Bahn-Fahren geradewegs in die Schwärze des Untergrunds führt, trägt die Schwebebahn ihre Passagiere mitten hinein ins städtische Leben.

Die nächste Schwebebahnstation von unserem Wohnhaus war der westliche Anfangs- und Endpunkt der Strecke: die Stadtteilhaltestelle Vohwinkel. Unsere Fahrt Richtung Innenstadt führte zuerst über die einstige Flaniermeile der heute verschlafenen Kaiserstraße. Die schwebenden Wagen zogen an ansehnlichen Gründerzeitfassaden und reichlich Jugendstil vorbei. Überbleibsel des altindustriellen Bürgertums spazierten dort mit Hut und Gehstock zur Kaffeetafel. Die schönen Seiten der Kaiserstraße wirkten wie aus der Zeit gefallen mit gepuderten Großmüttern mit Föhnfrisur und Kindern mit Fleischwurstscheiben in der Hand. Doch mit jedem Meter Fahrt mehrten sich die Bilder von schmutzigem Waschbeton – den hässlichen Seiten großstädtischer Gegenwartsödnis –, und die zermürbten Gesichter entlassener Arbeiterschaft traten ins Sichtfeld. An keiner Stelle gab die Schwebebahnfahrt wohl Intimeres preis als hier über der Kaiserstraße, wo die Bahnwagen nur um gefühlte Haaresbreite an maroden Häuserecken vorbeiratterten. Ich sah in Zimmer hinein, in denen Horden von Kindern auf einem Teppich aus Matratzen schliefen. Hinter Müllcontainern hausten Obdachlose in Unterküften aus Pappkartons. Vor Küchenfenstern stapelte sich das Leergut bis zur Decke. Tapeten waren eingerissen. Fernsehgeräte liefen unentwegt.

Seit früher Kindheit ging ich auf der Kaiserstraße zum Arzt, und noch bevor ich eins und eins zusammenzählen konnte, merkte ich, dass irgendetwas nicht stimmen konnte, wenn ich im Wartezimmer Kranke überspringen durfte. «Papa ist Beamter. Wir sind privat versichert», erklärte Mama, aber ich konnte das damals nicht einordnen.

War die Kaiserstraße passiert, nahm die Schwebebahn Kurs auf das grüne Zooviertel, wo rund um den Boltenberg, das Sportstadion mit Tribünenoval und die alte Radrennbahn ansehnliche Jugendstilvillen standen. Ich selbst verlief mich nur ein einziges Mal im Zooviertel.

Auf der Feier einer Mitschülerin wunderte ich mich über den Privatkühlschrank neben ihrem Jugendbett, und die moderne Malerei ihrer Galeristeneltern erschloss sich mir nicht. Wir kicherten den ganzen Nachmittag, als sich der gutaussehende Gärtner ans Heckenschneiden machte. Ansonsten aber blieben mir das Viertel und seine Lebenswelten fremd. Zu Hause sah ich im Lexikon nach, was Galeristen waren. Das Leben der Obersten und Untersten kannte ich nicht aus eigener Erfahrung; mein Wuppertal brachte sie mir nahe.

Nur einen Augenschlag später gondelte die Schwebebahn ins einstig beneidete Industrie- und Gewerbeviertel ein. Das weitläufige Gelände des Wuppertaler Bayer-Konzerns war nicht zu übersehen. Farbige Rohrleitungen wanden sich in über 31 Kilometer Strecke quer über, unter und durch Gebäude aus Backstein, und inzwischen auch aus Stahl, Aluminium und Glas. Die Chemieproduktion Friedrich Bayers war hier zur Industrie gewachsen, jedoch bereits 1912 zum großen Teil nach Leverkusen abgewandert. Dort arbeiten heute rund 25 000 Mitarbeiter, in Wuppertal blieben nur 3500, davon die Hälfte in einem außerhalb liegenden Forschungszentrum. Auf dem Bayer-Gelände selbst bläst nur noch ein einzelner Schornstein.

Eine Schwebebahnhaltestelle weiter war der Niedergang der Wuppertaler Industrielandschaft noch weitaus augenfälliger. Wo ehemals berühmte Färbereien, Webereien, auch Brauereien gestanden hatten, spross das Unkraut aus zerfallenen Produktionshallen mit eingeschlagenen Fabrikfenstern. Aus der Schwebebahn blickte man auf lange Schlangen vor der Obdachlosenhilfe, wo die Menschen einen Teller Erbsensuppe auf dem kalten Bordstein löffelten. Ein Bild, das sich mir tief eingebraunt hat. Wenn ich später in politischen Diskussionen davon berichtete, dass auch Berufskraftfahrer, die tage-, wenn nicht wochenlang von ihren Familien getrennt waren, heute nicht einmal mehr das Geld für eine warme Mahlzeit in den Raststätten hatten, sondern mit ihrem Gaskocher auf frostigen Parkplätzen hantierten, warf man mir reflexhaft entgegen, sozialpopulistisch zu sein. Sicherlich taugen solche emotional aufgeladenen Bilder nicht unbedingt dazu, einen allgemeingültigen Maßstab für faire und gute Politik zu entwickeln; sie geben jedoch ein eindrückliches Bild von Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Beschäf-

tigung und Altersarmut ab. Oder wie Roger Willemsen einmal sagte: «Dann war die Realität ein Sozialpopulist.»

Passierte die Schwebebahn anschließend das Tor zum Zentrum Elberfelds, wurde das Stadtbild großstädtischer. Die Geschäftshäuser nahmen zu, Bankgebäude, Fast-Food-Ketten und Bundesstraßen deuteten darauf hin, dass Wuppertal tatsächlich Hunderttausende Einwohner beherbergte. Männer und Frauen in Anzug und Kostüm betraten die Schwebebahnwagen. Farbige Straßenkunst prangte auf ehemals verführerisch leeren Betonwänden. Am Wupperufer türmte sich Plastikmüll. In den Hinterhöfen der Schulen rauchten Minderjährige. Migrantische Großfamilien hockten gesellig in den Parks. Damals hielt ich die bunten Zusammenkünfte in öffentlichen Grünanlagen für beneidenswerte Familienfeste, und quengelnd fragte ich Mama, warum wir nicht ebenfalls im Park statt im Garten grillten. Erst später verstand ich, dass viele deshalb in die Parks auswichen, weil sie über keine Privatgärten verfügten. Funktionierende städtische Infrastruktur, die Instandhaltung von Spielplätzen und die Pflege und Nutzungsmöglichkeit von Grünanlagen waren in unmittelbarer Art und Weise mit der Lebensqualität von all denjenigen Menschen verbunden, die sich nicht in ein privilegiertes privates Refugium zurückziehen konnten. Ärgerte ich mich über verkommene öffentliche Plätze, hatte das rein ästhetische Gründe. Für viele andere waren diese Plätze die einzigen Orte, an denen sie sich außerhalb ihrer engen Mietwohnungen zu Hause fühlen konnten.

Als ich später in diesem Viertel für gute Standortpolitik warb, winkten die angesprochenen Migranten ab: Sie seien gar nicht wahlberechtigt.

Später meldete ich mich bei der Wuppertaler Stadtverwaltung und äußerte den Wunsch, eine Patenschaft für einen Spielplatz übernehmen zu wollen. Ich erklärte mich bereit, regelmäßig Spielgeräte zu überprüfen, Laub zu entfernen und im Winter zu streuen. Verantwortliche von Stadtverwaltung und Kinderschutzbund wiesen mir einen Spielplatz zu, für den ich bis heute eine Patenschaft trage. Unglücklicherweise traf es einen Spielplatz in einem gepflegten Villenviertel. Kinder sah ich dort selten. Und bis heute gab es dort nichts zu tun.

Unsere Fahrt mit der Schwebebahn endete gewöhnlich etwa auf der Hälfte der Strecke, im Elberfelder Stadtzentrum. Hier konnte man gut Besorgungen machen. Erst mit zunehmendem Alter fuhr ich weiter nach Barmen. In der Nähe des dort gelegenen Rathauses, auf dem nach dem einstigen aus Wuppertal stammenden Bundespräsidenten benannten Johannes-Rau-Platz, lagen die Räumlichkeiten der CDU Wuppertal, wo ich später häufiger war. Auf dem Weg dorthin fuhr die Schwebebahn vorbei am Schauspielhaus und am Opernhaus, wo die Choreographin Pina Bausch all das auf die Bühne brachte, was Menschen bewegt, keineswegs nur in schönen Bildern wie im klassischen Ballett, sondern starke Bilder der Gewalt schaffend, der Suche nach Halt, morbider Hoffnungslosigkeit und dann auch wieder großer Lebenslust. An Wuppertal konnte man sich reiben, das zeigte auch die Arbeit von Pina Bausch.

Meine ganze Kindheit und Jugend hindurch, bis zum Studium, und auch danach, immer und immer wieder fuhr ich mit der Schwebebahn. Ihre Besonderheit liegt für mich darin, dass sie jeden Fahrgast in die unterschiedlichsten Alltagswelten der Menschen hineinträgt. Die Schwebebahn zwangskonfrontierte. Sie zwangspolitisierte mich. Sie gewährte mir Einblicke, nach denen ich nicht gefragt hatte und vor denen ich manchmal lieber hätte die Augen verschließen wollen. Doch die Schwebebahn nahm mir die Blindheit. Sie nahm mir die Taubheit. Und sie nahm mich in die Pflicht. Ich empfand etwas wie Entgrenzung, fühlte nicht, wo ich anfang und aufhörte und der andere anfang und aufhörte. Diese Symbiotik zwischen mir und dem anderen ließ mich betroffen wie wachsam für die Belange anderer zurück.

Ich entdeckte damals das Politische, so wie ich mich selbst entdeckte: Singhs Bild der drei Augenpaare lässt sich nicht nur auf meine persönliche Identitätsbildung, mein eigenes privates Verhandeln von Werten und Riten anwenden; es ist auch ein Sinnbild dafür, was Politik im Grundsatz bedeutet. Die Konfrontation mit Verschiedenheit brachte mich dazu, das Eigene mit dem Anderen in ein Verhältnis zu setzen und für eine neue Wirklichkeit fairer und gerechter Ordnung aufzustehen.

«Warum bist du politisch geworden?», hatte Singh mich gefragt. Es hat sich bei mir ein Unbehagen eingenistet, während ich von alledem erfuhr, das um mich herum geschah. Es wuchs als ein schleichender, quälender Zweifel, dass meine Welt nicht mehr nur die harmonische und harmlose Welt rund um meine Hausnummer war, und es schlug die Scham durch, an alledem mitverantwortlich und mitschuldig zu sein.

«Es war schön, dich zu sehen», verabschiedete sich Singh an jenem ersten Abend nach zehn Jahren im Berliner Tiergarten schmunzelnd. «Du bist erwachsen geworden.»

Von der Kunst, für etwas zu sein.

Vom Protest zur Partei

An einem Montagmorgen tummelte ich mich mit meinen Mitschülern dicht an dicht vor den Aushängen der Schule. Aufregung und Spannung machte sich breit. Vereinzelt waren bereits Klagen und Jubel ausgebrochen. Es war der Morgen, an dem die Zusammenstellungen der Leistungskurse für die Abiturphase bekanntgegeben wurden. Sämtliche Prüfungsleistungen ab der 12. Klasse waren abiturrelevant, und die Noten innerhalb der Leistungskurse zählten mehr als die anderen. Darum war diese Wahl im schulischen Mikrokosmos eine Welterschütterung: Verbrachte man die letzten zwei Jahre mit seinen Freunden im gleichen Kurs? War man mit einem milden oder einem strengen, einem inspirierenden oder ungerechten Lehrer gesegnet oder gestraft? Das Gedränge am Montagmorgen war nicht unbegründet.

Ich hatte Sozialwissenschaften und Deutsch gewählt. Mein Interesse für Politik und Wirtschaft, Soziologie und Geschichte hatte bereits Fahrt aufgenommen. Ich verfolgte das Tagesgeschehen in der Zeitung, stritt mit Mama und Papa am Abendbrottisch über aktuelle Ereignisse und las in den Schulbüchern oft schon ein paar Seiten voraus. Außerdem interessierte ich mich für Kunst und Kultur. Es stand außer Frage, dass Sozialwissenschaften und Deutsch die richtige Wahl für mich gewesen waren.

Als ich mir den Weg zu den Aushängen erkämpft hatte, sich an meinen Seiten Enttäuschung wie Erleichterung Bahn brachen, konnte ich keinen Leistungskurs Sozialwissenschaften entdecken. «Sowi kommt nicht zustande!», rief jemand hinter meinem Rücken. «Alle Sowi-Leute müssen neu wählen!»

War das möglich? Irritiert trat ich zurück, steuerte auf dem Pausenhof befreundete Cliquen an und fragte nach. Der Leistungskurs Deutsch hatte mich gar nicht weiter interessiert, so erschrocken war ich darüber, dass der andere nicht aufgeführt wurde. «Vermutlich gab es zu wenige Anmeldungen», warf ein Freund ein. «Kann nicht sein», entgegnete ich.

Eine spontane Umfrage auf dem Schulhof hatte ergeben, dass sich weit- aus mehr Schüler angemeldet hatten als für andere Leistungskurse, die ausnahmslos zustande kamen.

Ich hielt das Ganze deshalb für ein Versehen. In der ersten großen Unterrichtspause des nächsten Tages machte ich mich auf den Weg ins Schuldirektorat. Der Direktor empfing mich mit mitleidigem Blick. «Es ist leider wahr, der Kurs kommt nicht zustande», verkündete er. Er selbst sei für das Fach zwar ausgebildet, und er verstehe auch meinen Frust, doch insgesamt seien zu viele der angemeldeten Schüler versetzungsgefährdet. Das Risiko, den Kurs am Ende des nächsten Schuljahres nur noch mit der Hälfte der Schüler fortführen zu müssen, sei für die Schule zu groß. Ich nahm die Begründung äußerlich zwar ruhig zur Kenntnis, doch in meinem Innern regte sich Widerstand. Ich war nicht einverstanden.

Im Laufe des Tages erschien mir die Begründung von Minute zu Minute weniger nachvollziehbar. Während sich meine Mitschüler über ihre Leistungskurse freuten und die Ex-Sowi-Wähler sich bereits für neue Kurse bewarben, wütete es in mir. Was war das für eine Schule, die nicht an ihre Schüler glaubte? Die darauf spekulierte, dass sich ihre Schüler verschlechterten und an der Versetzung scheiterten, obgleich sie doch gerade die Fächer, die sie am meisten interessierten, als Leistungskurse gewählt hatten? Was für ein Misstrauen legte man gerade denjenigen gegenüber an den Tag, die besonders jetzt auf Unterstützung angewiesen waren? Und war das Vorgehen überhaupt legitim? Ich war nicht einverstanden.

Am nächsten Morgen tat ich etwas, das mir im Rückblick wie meine erste Wahlwerbetour vorkommt. Ich wagte mich unter die gefürchteten Raucher, besuchte die Jungs, die auf ihren Motorrollern saßen, mischte mich unter die Gruppe, die Hiphop-Battles austrug, suchte Kontakt über die Theke der Cafeteria zu den Mitschülern, die dort freiwillig aushalfen, und setzte mich zu den Lesenden in die stillen Ecken. Ich sprach alle an, von denen ich wusste, dass sie ebenfalls Sowi gewählt hatten, und nach kleinteiliger Überzeugungsarbeit gelang es mir, eine ansehnliche Zahl der Betroffenen zur Revolution zum Direktorat zu treiben. Wir trugen weder Fackeln noch Heugabeln, doch ich war stolz darauf, vie-

le Mitstreiter gefunden zu haben, die hinter dem Anliegen standen. Es kamen sogar einige zur Unterstützung mit, die mit dem Kurs gar nichts zu tun hatten.

Die Schulleitung wirkte erst verblüfft, dann amüsiert. Als der Protest nichts nützte, schwenkte ich zu Plan B um, der weitaus radikaler war: Mehrere Schüler und ich wechselten kurzerhand zur benachbarten Konkurrenzschule. Dort bekamen wir unseren Leistungskurs Sozialwissenschaften. Später hörte ich, dass die alte Schule von nun an auch wieder einen solchen Kurs bereitstellen wollte.

Nach dem Schulwechsel, davon war ich überzeugt, würde alles besser werden: endlich Leistungskurs Sozialwissenschaften, endlich Politik! Doch nach nur wenigen Wochen fiel mein Resümee einigermassen ernüchternd aus. Wir lernten zwar, wie politische Systeme funktionieren, aber wir diskutierten keine politischen Inhalte. Wir lasen von der Sozialgesetzgebung unter Reichskanzler Otto von Bismarck, aber ließen Gerhard Schröders Agenda 2010 links liegen. Wir schauten uns den Aufbau der Europäischen Union an, aber stellten deren Architektur nicht in Frage. Statt leidenschaftlich über das Richtig und Falsch von Gesetzgebung zu debattieren, verloren wir uns in meinen Augen in trockenen Zustandsbeschreibungen.

Nach dem Unterricht fing ich meinen Lehrer ab und bat um mehr Raum für Diskussionen. Doch er lächelte nur gelassen. «Das sieht der Lehrplan nicht vor», entgegnete er trocken. Ich nickte, doch in meinem Innern regte sich erneut Widerstand: Ich war nicht einverstanden!

In dieser Zeit wurde mir klar, dass die Welt, in der ich mich politisch engagieren konnte, außerhalb des Schulgebäudes liegen musste. Mir dämmerte, dass Politik kein Reden, sondern ein Machen war, und dass meine Meinungen erst jenseits von Politikklausuren etwas bewirken konnten. Legte der Lehrer meinen Aufsatz zur Seite, war der Wirkungsgrad meiner Argumente an ein Ende gekommen. Wischte ein Schüler die Kreidetafel ab, auf der wir die Ergebnisse einer fiktiven Abstimmung notiert hatten, war es, als hätte unsere Abstimmung nie stattgefunden. Die Schule war kein Raum des Zu-Ende-Diskutierens. Aber

sie hatte mich politisiert, und zwar in den Momenten, in denen ich am wenigsten darüber nachdachte: wenn ich nicht einverstanden war.

Zu Beginn der Abiturphase entschied ich, einen Schritt in die Wirklichkeit zu machen. Meine Suche führte mich ins Internet. Dort fand ich den Schlüssel zu Räumen der politischen Auseinandersetzung, wie ich sie bislang vermisst hatte. Anders als einige andere Schulkameraden, besaß ich keinerlei Kontakte in die Politik. Meine Eltern und Großeltern, wie bei Migrantenfamilien typisch, waren in keiner deutschen Partei verwurzelt. Ich kannte niemanden in meinem näheren Umfeld, der an Demonstrationen teilnahm, Spendenveranstaltungen organisierte oder benachteiligten Schülern kostenlos Nachhilfe gab. Mir fehlte ein Ansprechpartner. Doch dafür hatte ich nun das Internet.

Schnell erkannte ich, dass politisch neutrale Foren mich nicht besonders interessierten. Ich wollte kein Mitglied eines Debattierclubs werden, in dem Kopf oder Zahl darüber entschieden, welche Meinung ich vertreten sollte. Denn ich besaß bereits Meinungen, entwickelte allmählich eine politische Haltung und suchte dementsprechend einen Ort, an dem ich meine Überzeugungen auch lautstark vertreten durfte.

Im Internet fand ich Organisationen, die mich auf Augenhöhe ansprachen und zur Mitarbeit einluden. Mich lockten insbesondere jene Gruppen an, die themenspezifisch arbeiteten und schnelles, hierarchie-freies Mitmachen anboten. Es war seit meinem Recherchebeginn keine Woche vergangen, da hatte ich bereits Ausdrücke von Amnesty International in der Tasche und sammelte nach Schulschluss Unterschriften für eine Welt frei von Folterstrafe. Mit der Zeit wurde ich selbstbewusster, und mein Engagement wurde für mich immer selbstverständlicher. Ich druckte in meinem Kinderzimmer Organspendeausweise aus und verteilte diese in der Innenstadt. Ich entwarf Zettel, auf denen ich mehr Sicherheitspersonal in Nachtbussen einforderte, und heftete sie als altmodische Abreißzettel an Ampeln. An einem jeden Abend legte ich mich zufrieden ins Bett. Ich war Aktivist geworden und hatte das Gefühl, etwas zu bewirken – und war es noch so klein.

Wenn es nach den Generationenporträts dieser Tage geht, stellte dieses Engagement einen Ausnahmefall dar. Ich, zwischen 1980 und 1999 ge-

boren, gehöre offiziell der sogenannten Generation Y an, die gemeinhin als politikverdrossen und unpolitisch gilt. Sogar Gleichaltrige charakterisieren meine Generation oft als eine Garde ignoranter Egoisten. In einem Gastbeitrag für den Berliner *Tagesspiegel* fasste ich es so zusammen. Es werde angenommen, unsere Generation sei selbstsüchtig und rücksichtslos, karrieregeil und hedonistisch. Sie würden in Konsumtempeln statt in Gotteshäusern beten, ihren Lebenslauf statt Autos für den guten Zweck polieren und ihr Glas statt ihre Stimme erheben. Gesellschaftlicher Zusammenhalt sei für die Millennials, wie wir auch genannt werden, bloß Utopie. Weil sie weder Krieg noch Hunger kennen, feiern sie sich lieber selbst gesinnungs- und besinnungslos.

Wer so spricht, beruft sich auf Zahlen, etwa niedrige Wahlbeteiligungen oder abnehmende Parteimitgliedschaften. Zahlen lügen nicht, und es ist unbestreitbar, dass sich die Generation der Millennials von den klassischen Formen politischen und gemeinnützigen Engagements abkehrt. Seit 1990 hat sich die Zahl der deutschen Parteimitglieder um über die Hälfte reduziert, von damals 2,4 Millionen Mitgliedern auf heute 1,2 Millionen. Allein im vergangenen Jahr drehten 36 500 Mitglieder den deutschen Parteien ihren Rücken zu, was bedeutete: Die Zahl der Parteimitglieder sank um 3 Prozent innerhalb eines Jahres. Verlor die Regierungspartei CDU allein zum Vorjahr 2015 ganze 2,9 Prozent ihrer Mitglieder, waren es beim Koalitionspartner SPD gar 3,7 Prozent. Auch die kleinen Parteien schrumpften. Die konservative CSU verzeichnete ein Minus von 1,5 Prozent, die FDP führte einen Abgang von 3,2 Prozent an. Von der Linkspartei verabschiedeten sich 2,6 Prozent der Mitglieder, bei den Grünen waren es 1,5 Prozent. Erst in jüngster Vergangenheit, nach AfD, Brexit und Trump, nahmen die Parteieintritte auch bei der jüngeren Generation wieder zu.

Vermutungen, nach denen der bisherige starke Mitgliederverlust primär mit dem Wegsterben älterer Mitglieder zusammenhängt, haben zahlreiche Politikwissenschaftler widerlegt. Bei allen Parteien mit Ausnahme der FDP überstieg die Zahl der Austritte deutlich die Zahl sowohl der Eintritte als auch der Todesfälle. Zum Abwärtstrend bei den Parteimitgliedschaften merkte der Berliner Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer an, dass «eine kontinuierlich abnehmende gesell-

schaftliche Verankerung der Parteien zu beobachten» sei. Und das verwundert nicht: Zieht man die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen 2013 zu Niedermayers Forschungsergebnissen heran, war auch hier zu beobachten, dass die großen Parteien ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren drohen.

Für die junge Generation ist diese Erkenntnis wenig überraschend. Ich selbst war trotz meines Interesses an Politik nicht auf die Idee gekommen, Mitglied einer Partei zu werden. Parteiapparate, so hatte ich gehört, seien langsam und behäbig, elitär und antiquiert und voller fauler Kompromisse. Von dieser resignativen Haltung gegenüber Parteien auf eine generelle Abkehr «meiner» Generation von Politik und dem Politischen zu schließen, hielt ich jedoch für falsch. Denn Partei ist schließlich nicht gleich Politik. Politik ist viel mehr. Es ist das Aufstehen und Anpacken, und ist es nur ein «Ich bin nicht einverstanden» auszusprechen.

Die Millennials sind nicht unpolitisch, aber sie suchen sich Möglichkeiten des Aufbegehrens, die über die traditionellen Formen des Engagements hinausgehen. Sie protestieren in basisdemokratischen Graswurzelbewegungen wie *Occupy* oder *Blockupy* in den Bankenvierteln oder schwenken auf Spontandemonstrationen Fahnen und Plakate gegen religiösen Fanatismus. Sie stimmen bei Volksbegehren für die Rückkehr zu bewährten Schulmodellen oder bei Bürgerentscheiden für das nachhaltige Miteinander von Infrastruktur und Umwelt. Über Einklick-Petitionen sammeln sie Unterschriften für ein Meer ohne Plastik und auf Crowdfunding-Plattformen Gelder für den unabhängigen Journalismus. Mit ihren Social-Media-Kampagnen scheffeln sie Aufmerksamkeit und Spendengelder für die Medizinforschung, und über Hashtags schaffen sie Sensibilität für Sexismus, Homophobie und Rassismus im Alltag. Auf Benefizkonzerten musizieren sie für die Opfer von Flutkatastrophen, sozial benachteiligten Schülern geben sie kostenlos Nachhilfe, und Flüchtlingsfamilien begleiten sie bei Behördengängen. Sie teilen Lebensmittel gegen die Verschwendung und Autos gegen die Luftverschmutzung. Beim *Guerilla Gardening* säen sie Pflanzensamen auf öffentlichen Grünflächen und plädieren für Nachhaltigkeit und Selbstversorgung. Als *Critical Mass* radeln sie durch laute Innen-

städte und werben für den unmotorisierten Individualverkehr. Kaffeebohnen, Hühnereier und Wollpullover dürfen ruhig etwas mehr kosten, wenn die Arbeitsbedingungen dafür akzeptabel sind, und soziale Startups unterstützen sie schon vor deren offiziellem Unternehmensstart. Sie bloggen über das, was sie bewegt, reflektieren öffentliche Debatten und setzen neue Impulse, und das alles ohne Volontariat. Die Millennials machen und machen und machen.

Die junge Generation engagiert sich mehr, vielgestaltiger und konsequenter als je zuvor. Sie verändert die Welt fern ungelenker Staatsapparate. Sie lebt Empörung, weil Empörung Anfang allen Wandels ist. Ihr Engagement verstaubt nicht als Mitgliederausweis in der Schublade oder als Parteiorde an der Weste, es ist mehr als nur alle vier Jahre eine Stimme zu delegieren. Es manifestiert sich in jeder Alltagsentscheidung. Die junge Generation ist kreativ und konstruktiv, und sie sprüht nur so vor Tatendrang und Schaffenslust. Sie ist für mich wie keine andere die Generation Bürgergesellschaft.

Das belegt auch aktuelle Forschung. Deutschlands wichtigste Jugendstudie, die Shell Jugendstudie, dokumentiert, dass immer mehr deutsche Jugendliche politisches Interesse zeigen. Im Vergleich zu 30 Prozent im Jahr 2002 bezeichneten sich 2015 rund 41 Prozent der Jugendlichen als «politisch interessiert». Doch davon profitieren nicht die etablierten Parteien, sondern die Sphären und Räume des politischen Aktivismus. Fast sechs von zehn Jugendlichen hatten sich laut der Studie schon einmal an einer oder mehreren politischen Aktivitäten beteiligt. An der Spitze standen dabei der Boykott von Waren aus politischen Gründen und das Unterzeichnen von Petitionen. Online-Petitionen waren beliebter als Unterschriftenlisten. Jeder Vierte hatte bereits an einer Demonstration teilgenommen, und rund zehn Prozent engagierten sich in einer Bürgerinitiative.

Politischer Aktivismus, wie meine Generation ihn auslebt, ist hierarchiefrei und teilweise anarchisch, er ist digital und mobilisierend, themenspezifisch und projektorientiert, kampagnenhaft und impulsgebend. Er ist flexibel und kompromisslos. Er ist niedrigschwellig und performativ. Er bietet all das, was den klassischen Formen der Politik fehlt. Die Streitschrift *Empört euch!* des ehemaligen französischen Wi-

derstandskämpfers und UN-Diplomaten Stéphane Hessel ist zur Bibel politischer Aktivisten geworden.

Die Attraktivität aktivistischen Engagements zeigt sich nicht zuletzt auch an der immensen Teilnahmebereitschaft junger Menschen an diversen Protestveranstaltungen in jüngster Zeit. Sei es bei den Demonstrationen nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten vor dem Trump Tower, nach dem Brexit-Votum der Engländer in der Londoner Innenstadt, beim *Women's March* für Frauen- und Menschenrechte in Washington, D. C., oder bei den proeuropäischen *Pulse of Europe*-Veranstaltungen in ganz Deutschland.

Jahre nach dem Beginn meiner Aktivistenlaufbahn, ich war inzwischen Studentin in Göttingen, besuchte ich meine allererste Vorlesung in einem alten getäfelten Hörsaal. Die Stuhlreihen waren bis auf den letzten Rang gefüllt. Vor dem gelben Ziegelgebäude türmte sich das Herbstlaub. «Einführung in die Geschichte der Philosophie», kritzelte ich liebevoll auf die erste Seite meines Schreibblocks. Als der Professor eintrat, komplett schwarz gekleidet, mir Rollkragenpullover, Hornbrille und zerzaustem Haar, hielt der gesamte Saal ehrfürchtig inne. «Was ist Philosophie?», fragte er nicht ohne Pathos und blickte erwartungsvoll in unsere ausdruckslosen, überforderten Gesichter. «Was ist Philosophie?», wiederholte er bestimmt. Zaghafte Hände gingen nun die ersten Hände hoch.

«Ein Zerteilen von Wirklichkeit?», antwortete einer. Der Professor nahm den Nächsten dran. «Ein Nachdenken über das Leben?» Der Professor schüttelte den Kopf. Auch ich überlegte. Philosophie, da hatten die anderen doch recht, schien mir ein langwieriger und genauer Prozess zu sein. Es war etwas, das mit Analyse und Analytik zu tun hatte – ja, da war ich mit dem Vorredner einer Meinung: mit einem Zerteilen von Wirklichkeit.

Ehe eine weitere Antwort vorgetragen wurde, rief der Professor nun mit lauter Stimme: «Staunen!» Er wiederholte es noch einmal: «Staunen!» Wir starrten ihn irritiert an. Staunen? Ich stutzte. Staunen war doch ein simpler Impuls, eine unüberlegte Regung, das hatte doch nichts mit dem zu tun, was ich mit dem Philosophieren verband. «Das Staunen ist die Einstellung eines Mannes, der die Weisheit wahrhaft

liebt, ja es gibt keinen anderen Anfang der Philosophie als diesen», zitierte der Professor nun Platon. «Auch Aristoteles sieht im Staunen den Anfang von Philosophie: Dem Staunen wohnt ein Affekt der Verwunderung inne. Dieser Affekt erzeugt eine innere Bewegung und Anspannung, die in einer aktiven eigenständigen Auseinandersetzung mit der Welt mündet. Staunen regt die Neugierde an. Staunen legt offen: Etwas Unverstandenes will verstanden werden», führte der Professor nun aus.

Für mich war diese Vorlesung ein Augenöffner, ich begriff: Staunen ist die Grundbedingung für ehrliche Betrachtung. Erst wer Wirklichkeit unverfälscht annimmt, wird in die Lage versetzt, sich kritisch mit ihr auseinandersetzen zu können. Nur was als Gegenstand erkannt wird und als Phänomen Verwunderung auslöst, kann hinterfragt und eingeordnet werden.

Heute denke ich in gleicher Weise über Politik nach: Sie beginnt für mich mit Empörung, mit einem Affekt, aber Politik insgesamt ist immer mehr als bloße Erregung. Politik hingegen ist Verantwortung, die Affekte überdauern muss.

Einmal mehr begriff ich in jener ersten Vorlesung, wie luxuriös mein bisheriges Politikengagement gewesen war: Ich haftete für keine Entscheidung, ich ließ unangenehme Themen, mit denen keine Blumentöpfe zu gewinnen waren und die mir weder Neugierde noch Aufregung abverlangten, links liegen. Für Bordsteinerhebungen, unter denen Rollstuhlfahrer litten, für starre Kinderbetreuungszeiten, die Alleinerziehende vor berufliche Herausforderungen stellte, für Gefangene, die sich nach abgesessenem Gefängnisaufenthalt um eine Resozialisierung bemühten, für alle diese Themen reichte mein Interesse nicht. Irgendwann suchte mich deshalb ein schlechtes Gewissen heim. Echte Politik, verantwortungsvolle Politik war dann eben doch mehr als die Rosinenpickerei, die mir genehm war.

Noch zu Schulzeiten beschloss ich, mehr sein zu wollen als nur Aktivist. Ich fand es zwar toll, wie lebendig meine Generation die Zivilgesellschaft lebte, schätzte ihren hohen Organisationsgrad und die Ernsthaftigkeit, mit der so viele Politik ganz selbstverständlich im Alltag leben. Doch immer mehr kam ich zu der Einsicht, dass unser parlamen-

tarisches System schlicht und ergreifend nicht ohne ihre Hauptakteure funktioniert: die Parteien.

Schließlich sind es am Ende die Parteien, die unser Gemeinwohl in Gesetzesform gießen. Es liegt in ihrer Macht, Abkommen zum Datenschutz zu schließen, Flüchtlingspolitik zu gestalten, in Bildung zu investieren und den Klimawandel aufzuhalten. Es sind die Parteien, die die Impulse und Ideen der Bürgergesellschaft aufgreifen können, es aber nicht zwingend tun müssen. Das Parteienparlament ist dazu imstande, das Leben jedes Bürgers auch gegen dessen persönlichen Willen zu bereichern oder zu beschneiden. Fällt dieses politische Wirken für den einen oder anderen unbefriedigend aus, hat das formal keinerlei Konsequenzen; der Wirkungsgrad der parlamentarischen Politik bleibt derselbe. Und das ist die Crux.

Erhebungen vor dem Referendum in Großbritannien als auch Befragungen nach der Abstimmung zeigen, dass die Jüngeren am Ausgang der Wahl mitschuldig waren. Nachwahlbefragungen des Umfrageinstituts von Lord Ashcroft legten dar, dass von den bis 45 Jahre alten Wahlberechtigten nur rund 35 Prozent zur Urne gegangen waren. Hatte erst die EU-skeptische ältere Generation als Sündenbock herhalten müssen, waren nun die Jüngeren mitschuldig. All das fügte sich zu dem Bild einer erlahmten, trägen Jugend, die sich zwar stets lauthals erregte, aber die Regeln der Demokratie nicht zu verstehen schien.

So liegt es einerseits an den Jungen, die Parteien nicht abzuschreiben, sondern sich innerhalb ihrer Strukturen für den politischen Kurs einzusetzen, den sie für richtig halten. Aber genauso liegt es auch im Verantwortungsbereich der Parteien, Modernisierung innerhalb der eigenen Strukturen zuzulassen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, auf die Parteimitglieder von heute angewiesen sind. Dazu gehört, niedrigschwellig und hierarchiefrei, themenspezifisch und projektorientiert mitarbeiten zu können; eine Kultur ohne Anwesenheitszwang, dafür mit digitalen Mitteln.

In meinem bisherigen politischen Leben hatte ich zwei Lehrer, Mentoren, auch besondere Freunde. Den einen, Peter Hintze, lernte ich am Wahlkampfstand in Wuppertal kennen. Dem anderen, Rupert Neu-

deck, begegnete ich in einem Kirchenschiff in Köln. Beide verstarben im letzten Jahr; Peter Hintze im Alter von 66 Jahren nach langer Krebserkrankung, Rupert Neudeck im Alter von 77 Jahren nach einer Operation am Herzen. In ihrem offenen und aufrechten Wesen, ihrem ernsten und unermüdlichen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit waren sie sich ähnlich; ihre Wege waren jedoch grundverschieden.

Hintze war ein Bilderbuchdemokrat, ein Stratege und Taktiker, der es verstand, innerhalb des parlamentarischen Systems Dinge voranzubringen. Angela Merkel ins Amt der Bundeskanzlerin zu begleiten, ihr den Weg zu ebnen, wie viele sagen, sollte sein größter Coup sein. Der einstige Pfarrer, der von Nächstenliebe sprach und dessen Menschenfreundlichkeit im alltäglichen Miteinander an keine natürliche Grenze stieß, stieß im parlamentarischen Betrieb andauernd an Grenzen. Sein Einsatz insbesondere in ethischen Debatten, die sich um die rechtlichen Rahmenbedingungen von Lebensbeginn und Lebensende rankten, war nicht immer mehrheitsfähig. Seine Partei, die CDU, und der gesamte Bundestag stimmten immer jeweils mehrheitlich für einen weniger liberalen Gesetzesentwurf als jenen, den Hintze selbst vortrug. Hintze aber nahm jene Grenzen des Politikbetriebs als Herausforderung an. Es war sein größtes Verdienst, seine eigene Stimme nicht zur Institution zu erheben, sondern sich in systembedingter Begrenztheit zu akzeptieren. Er war und ist der größte Politiker, den ich bis heute kennengelernt habe.

Neudeck war ein anderer Typ. Sein letztes Buch hieß *Radikal leben*. Auf dem Klappentext wurde Neudecks Anliegen deutlich. Es ging ihm in seinem Leben darum, das Gleichnis vom barmherzigen Samariter in die Neuzeit zu tragen. Denn wer tat etwas, während das Parlament zu sehr mit sich selbst beschäftigt war und Tausende, Zehntausende Flüchtlinge ertranken? «Ich möchte nie mehr feige sein», hatte Neudeck gesagt und ging in die Geschichte ein, als er im Jahr 1979 über 10 000 vietnamesische Flüchtlinge aus dem Südchinesischen Meer rettete. Gemeinsam mit seiner Frau Christel und dem Schriftsteller Heinrich Böll gründete er das Komitee «Ein Schiff für Vietnam». 1982 wurde daraus die Hilfsorganisation Cap Anamur. Es folgten zahlreiche weitere Hilfseinsätze. «Die Gelder, das Schiff, die Hilfskräfte, die Genehmigungen, das organisierten wir alles von hier, mit Telefon und Faxgerät», hatte

Christel Neudeck mir einmal erzählt, als ich bei einer Tasse Tee bei ihnen im Wohnzimmer saß.

«Warum bist du nie Mitglied einer Partei geworden?», fragte ich Rupert Neudeck bei diesem Treffen. «Es muss solche und solche geben», antwortete er ruhig.

Heute sind beide tot. Das ist traurig, und ob ihres bis zuletzt anhaltenden Lebensmutes und ihrer Schaffenslust ist es umso bitterer. Seit ich sowohl Hintze als auch Neudeck kennengelernt hatte, verging nicht ein Tag, an dem ich nicht politisch gewesen bin. Beide brachten mir bei, dass jede Form des politischen Engagements ihre eigenen Funktionen und Aufgaben besitzt. Das Radikale und Kompromisslose des Aktivistischen kann als Korrektiv und Weckruf dienen, sensibilisieren und vorantreiben. Es kann Motor und Antrieb sein und in wertvoller Pionierarbeit münden. Manchmal aber ist das Aktivistische nicht mehr als belanglose Interessenvertretung, destruktiver Protest und skandalisierendes Wutbürgertum ohne alternative Perspektiven; dann ist es pure Erregungskultur, aus der kein nachhaltiges Engagement und keine kompromissbereite Lösungssuche folgt. Das Parteipolitische hingegen war und ist niemals Speerspitze gesellschaftlichen Aufbruchs. Es ist gemäßigt und darauf ausgelegt, stets einen Konsens zu erzielen. Ihm obliegt die mühevollen Aufgabe, jeden Bürger des Landes, jede Stimme und jede Meinung gleichsam zu gewichten. Auch wenn manche inhaltlichen Trends noch so hörbar sind, darf sich der Parteipolitiker nicht über das hinwegsetzen, zu was ihn sein Mandat verpflichtet: die Interessenvertretung der Wählergemeinschaft, auch der leisen.

Parteien betreiben nach urdemokratischen Prinzipien legitimierte und sämtliche Interessen austarierende Parlamentsarbeit. Der Parteipolitiker schleppt sich von Ortsveranstaltung zu Ortsveranstaltung, erklärt Politik, informiert und diskutiert aus. Am Ende kommt es nicht selten vor, dass er es vielleicht besser weiß, aber dazu verpflichtet ist, jene zu vertreten, die ihn mit einem Mandat ausgestattet haben. Doch auch als Parteipolitiker ist es möglich, persönliche Haltung zu zeigen und Themenimpulse zu setzen. Parteiengagement bedeutet eben nicht zwingend, sich von einer jeden Parteiposition vereinnahmen zu lassen und nach außen Inhalte zu verkaufen, die einem fernliegen. Es bedeutet,

seine persönliche Stimme innerparteilich geltend zu machen, Parteiflügel zu unterstützen und Mehrheiten zu organisieren.

«Die Partei, die eine Programmatik vertritt, mit der du zu hundert Prozent übereinstimmst – diese Partei besäße ein einziges Mitglied: nämlich dich», sagte mir einmal Bundesinnenminister Thomas de Maizière, nachdem wir uns am Rande einer Parteiveranstaltung über die Uninteressiertheit der Jugend an Parteimitgliedschaften unterhielten. De Maizierès Ausspruch hieß umgekehrt auch: Mit 82 Millionen Parteien ist keine Politik zu machen. Kompromissfähigkeit ist eine Tugend, nicht ein Fehler des Demokraten.

Ich hatte mich sehr intensiv mit der Frage beschäftigt, was Parteimitgliedschaft für mich bedeutete. Im Gegensatz zu den meisten, mit denen ich sprach, hieß sie für mich nicht, widerspruchsloser Werbeträger für alle jene Positionen zu sein, die man individuell nicht teilte. Ich sah in Parteimitgliedschaft Chance und Herausforderung, mich selbst mit meinen eigenen Überzeugungen und Argumenten geltend zu machen. In der innerparteilichen Geltendmachung steckte das Engagement, dafür gingen die Stunden um Stunden in innerparteilichen Gremien drauf, nicht etwa dafür, alle paar Jahre aktiv und inszeniert auf Stimmenfang gehen zu müssen. Die Zwischenzeit war mir die wichtigere Zeit: Es war die Zeit, in der Parteimitglieder dazu beitragen durften, dass das demokratische Wahlangebot, Ideen, die Streit erst verdienen sollten, geschrieben wurden. Ich trat nicht als blinder Fanclub bei; ich trat als in Grundwerten loyaler Verbündeter bei, der wachsam, kritisch und konstruktiv sein wollte.

Noch bevor ich Abitur machte, stand fest: Ich wollte beides. Ich wollte Aktivist bleiben und Parteimitglied werden.

[...]